

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

13. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.12.2017

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr

Sitzungsende: 20:19 Uhr

Ort, Raum: SOS Kinderdorf e.V.

Protokoll:

zu 1 **Vorstellung der gastgebenden Einrichtung**

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch teilt mit, dass Herr Siewer (Bü90/die Grünen) heute verhindert sei und sie die Sitzung leite. Anschließend übergibt sie das Wort an Frau Kirsten Spiewack, Leiterin SOS-Kinderdorf Berlin. Diese stellt die Einrichtung *Botenschaft für Kinder* vor und bietet einen dem Ausschuss anschließenden Rundgang an.

zu 2 **Protokollgenehmigungen der Protokolle vom 06.07.2017, 05.10.2017 und vom 10.11.2017**

Zum Protokoll der November-Sitzung gibt es Unklarheiten zur DS 0781/V „Netzwerk Alleinerziehende für Mitte“. Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch regt an, dieses Protokoll zurückzustellen um den Sachverhalt zu klären.

Das Protokoll der November-Sitzung wird korrigiert und in der Januar-Sitzung vorgelegt. Die Protokolle der Sitzungen von Juli und Oktober werden ohne Änderungen angenommen.

zu 2.1 **Neubestimmung der Schrift- und Protokollführung**

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Dietzsch, gibt bekannt, dass die Schrift- und Protokollführung zukünftig durch das BVV-Büro erfolgen solle. Die Absprachen wurden bereits getroffen, sodass Frau Geltat diese Aufgabe in Zukunft wahrnehme. Im Anschluss lässt die stellvertretende Vorsitzende über den Vorschlag abstimmen. Der Ausschuss stimmt einstimmig für die Änderung der Schrift- und Protokollführung.

zu 3 **Mitteilungen**

zu 3.1 **des JHA-Vorsitzenden**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3.2 **des Bezirksamtes**

Frau BzStR'in Dr. Obermeyer

- spricht das Thema **Kinderschutz Kameruner Straße, Rothenburger Straße** an. Die Gesamtsituation habe sich hier nicht wesentlich verändert. Die akute Kindeswohlgefährdung durch die herrschende Wohnsituation in der Kameruner Straße führte nach Einzelfallprüfungen zur Unterbringung von Familien in der Rothen-

burger Straße. Die Wohnsituation habe sich seitdem nicht wesentlich verändert. Für einen Rückzug in die Kameruner Straße müssten die Gründe, die zu einer Kindeswohlgefährdung führten, abgestellt werden. Derzeit gebe es einen Austausch mit dem Eigentümer des betroffenen Hauses, dem Frau BzStR'in Dr. Obermeyer nicht vorweggreifen wolle. Sie könne jedoch sagen, dass alle beteiligten Ämter daran arbeiten würden, eine Perspektive für die betroffenen Familien zu schaffen.

- berichtet anschließend über Veranstaltungen des Jugendamtes:
 - Im November habe es im Kinderhaus Berlin – Mark Brandenburg einen Austausch zu **familienunterstützenden Leistungen** gegeben. Dies begründe sich auf der gemeinsamen Angebotsentwicklung zwischen Jugendamt und Trägern. Bei der Veranstaltung nahmen auch Eltern berichtend teil.
 - Ebenfalls im November fand bei der Veranstaltung Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen, eine Evaluation des Programmes statt. Diese bezirksübergreifende Veranstaltung habe über den Abschluss des Modellprojektes **Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe** berichtet. Eine Bestätigung des Programmes, bei dem sich die Bezirke weiterhin beteiligen, sei geplant.
- gibt bekannt, dass der Gesetzgebungsprozess zum **Jugendfördergesetz** ange laufen sei. Die Senatsverwaltung habe Dritte beauftragt den Prozess zu betreuen. Erste Ergebnisse auf dem Weg zum Gesetzesentwurf gebe es bereits. Die Jugendämter seien in Form von Arbeitsgruppen an der Erarbeitung des Inhalts beteiligt. Auf der Sondersitzung des Landesjugendhilfeausschusses, welcher sich mit dem Jugendfördergesetz befasste, sei die Losung „Die Ausgaben sollen den Aufgaben folgen“ ausgegeben worden. Daher versuche man in den Arbeitsgruppen auch ohne das Kostenargument über Standards nachzudenken.
- weist auf das **Jugendhilfeforum** hin. Dieses finde jährlich statt und sei eine parteiübergreifende Bildungsveranstaltung. Traditionell finde dies im Rathaus Mitte statt und werde sich nächstes Jahr mit dem Jugendfördergesetz befassen. Der genaue Termin stehe bisher noch nicht fest, es werde jedoch im 1. Quartal 2018 stattfinden.
- vermittelt, dass in einer gemeinsamen Runde von Stadträten und Jugendamtsleitung neben dem Jugendfördergesetz auch der **Regionale Sozialpädagogische Dienst (RSD)** Thema gewesen sei. Dabei wurde diskutiert, ob man eine Verwaltungsvorschrift über dessen Tätigkeit erlassen solle. Auch die hohen Fallzahlen pro Mitarbeiter wurden dabei behandelt. Die angestrebten 65 Fälle pro Sachbearbeiter übersteige man in Mitte deutlich. Um dem entgegen zu wirken sei die **Gewinnung von Fachkräften** bezirksübergreifend von zentraler Bedeutung. In einer anderen Sitzung werde man dem Ausschuss darüber gesondert berichten, da es bundesweit bereits viele Ideen gibt, wie man in Jugendämtern Fachkräfte gewinnen könne.
- informiert die Ausschussteilnehmer darüber, dass sie im Nachgang der Sitzung einen Bericht zur **Tätigkeit der Spielplatzkommission** versenden werde.
- Stellt dar, dass in diesem Jahr im **Integrationsfond** weniger Mittel zur Verfügung stünden als im vergangenen Jahr. Es handele sich um 530.000 Euro. Hiervon gehen ca. 200.000 Euro in Projekte mit einem „Jugendcharakter“.

Frau BD Depil ergänzt den Bericht der BzStR'in zum Thema Jugendfördergesetz. Sie vermittelt, dass sie an einer Veranstaltung des Landesjugendhilfeausschusses teilgenommen habe. Dabei kamen zwei für sie wichtige Punkte auf: Zum einen sei eine Lobbybildung unerlässlich, sodass mehr Geld zur Verfügung stehe. Zum anderen wurde ver-

mittelt das sich in der vorherigen Legislaturperiode bezirksübergreifend die Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses getroffen hätten, was eine Schubwirkung für Forderungen zur Folge hatte.

Frau BzStR'in Dr. Obermeyer teilt mit, dass es ein Treffen der JHA-Ausschussvorsitzenden im Januar geben solle.

zu 4 Aktuelle Viertelstunde

Frau BD Depil bittet um einen Sachstand zu einem Streit der letzten Legislaturperiode zwischen dem Bezirksamt und der Berliner Kinderfarm bezüglich einer nicht nachgewiesenen Zuwendung von über 70.000 Euro. Da es hierzu keine aktuellen Infos gebe, werden diese im Nachgang schriftlich beantwortet oder in der nächsten Sitzung vermittelt.

zu 5 Berichterstattung aus den AG'en nach § 78 SGB VIII

Die AG Alexanderplatz ist sehr dankbar, dass der Jugendaktionsraum „Jara“ begonnen habe zu arbeiten. Die AG empfinde dies als Möglichkeit, eine Struktur in der Straßensozialarbeit, Freizeitgestaltung und Integration von Flüchtlingen zu entwickeln.

Die derzeitig häufigen Polizeieinsätze in der Umgebung des Alexanderplatzes haben große Auswirkungen auf die dortige Gesamtsituation. Man befürchte einen schlafenden Umbruch bezüglich des Klientels. Man wolle sich in nächster Zeit stärker damit beschäftigen.

Frau BD Depil spricht, in Bezug auf das letzte Protokoll nehmend, die Mitgliedschaft im Kiezplenum Sparrplatz an. Sie möchte wissen, wie gemäß der Geschäftsordnung eingegrenzt werde, wer als Betroffener gelte?

Man nehme die Aussage der letzten Sitzung, das jeder der möchte Mitglied sein könne, nicht zurück. Es werde als sehr hilfreich empfunden, dass Personen die Jugendhilfe im Bezirk voranbringen wollen auch Teil der regionalen Verbandsgemeinschaften sein können. Wichtig sei, dass man sich vor Ort einbringe habe und Interesse zeige. In der Regel seien die Sprecher bei anderen regionalen AGen, Vertreter von regionalen Projekten oder des Jugendamtes. Der öffentliche Träger unterstützt die Arbeitsgemeinschaften. Das Fördern ist der gesetzliche Auftrag und das Mitwirken sei mit der Mitgliedschaft in der Geschäftsordnung geregelt. Im offenen Kiezplenum wurde bereits eine ähnliche Frage aufgeworfen. Dabei wurde dargelegt, dass der Sprecher auch Träger der Jugendhilfe sei und dementsprechend nicht als Privatperson agiere. Frau BD Depil äußert kritisch darüber, dass jeder der möchte Mitglied sein kann. Ihrer Meinung nach dürfe eine Mitgliedschaft und die Sprecherfunktion nicht zu sehr verwässert werden.

zu 6 Informationen zum Bauvorhaben Abenteuerspielplatz Telux

Anhand einer Präsentation wird das Bauvorhaben Abenteuerspielplatz Telux vorgestellt. Im Anschluss werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Die Besonderheit beim Abenteuerspielplatz bestehe darin, dass nicht FM sondern das Jugendamt die Baumaßnahme durchführe. Das Bauvorhaben beträgte ein Volumen von 1,3 Mio. Euro. Eine weitere Besonderheit sei auch, dass ein Kind bei der Bewertung der Entwürfe stimmberechtigt war. Bei der Umsetzung des Bauvorhabens sollen Kinder fortlaufend mit einbezogen werden.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch möchte wissen warum die barrierefreie Toilette separat von den anderen Toiletten ist? Herr Lehmann erklärt, dass die barrierefreie Toilette eine Anforderung sei bei der man aber nicht wisse ob diese benötigt werde. Die Entscheidung, dass sich diese Toilette in einem anderen Gebäude befinde fiel im Vorfeld bei der Abstimmung des Raumprogrammes der Gebäudeteile. Frau Larsson ergänzt, dass es Ihrer Meinung nach keine Zumutung darstelle, dass die barrierefreie Toilette sich an einem anderen Ort befinde.

Frau BD Depil bittet zu erfahren, welches Budget zur Verfügung stehe um die Gebäude

zu errichten. Außerdem erkundigt sie sich, ob die Wünsche der Kinder das Budget haben übersteigen lassen. Herr Lehmann vermittelt, dass das Gesamtbudget 1,3 Mio. Euro betrage. Die Kinder würden Einfluss nehmen wodurch zusätzliche Kosten entstehen, die aber nicht nennenswert seien.

zu 7 **Zwischenstand Kinderschutzteam Mitte**

Frau Meyer (Teamleitung Kinderschutzteam) berichtet über das im März 2017 eingerichtete Kinderschutzteam. Damals startete man mit sechs Kollegen und übernahm stufenweise die vier Regionen vom Jugendamt. Das Team sei für alle Kinderschutzmeldungen, die im Bezirksamt Mitte eingehen, bis zur Abklärung der Gefährdung und folgendem ersten Schutzkonzept zuständig. Bei weiterem Hilfebedarf erfolge die Überleitung an den RSD. Ausgestattet sei man mit 9 Sozialarbeiterstellen, 1 Teamleitungsstelle und 1 Verwaltungskraft. Aktuell gebe es keinen Beratungsraum am Standort Grüntaler Straße, was die Arbeit mit betroffenen Familien schwierig mache. Der eingerichtete Krisendienst ist montags bis freitags von 8.00-18.00 Uhr zu erreichen. Neben Neumeldungen unterstütze man auch bereits bekannte Meldungen mit Zuständigkeit im Jugendamt. Zum Kinderschutzteam gibt es eine „Begleit AG“. Hier bespreche man einmal im Monat die Aufgaben von Kinderschutzteam und RSD und an wo die Schnittstellen besser funktionieren können.

Im Zeitraum von Januar bis Ende November 2017 seien 1097 Meldungen (Kinderschutzteam und RSD) eingegangen. Davon wurden 600 Meldungen vom Kinderschutzteam bearbeitet. In 207 Fällen der 1097 eingegangenen Meldungen wurde eine klare Kindeswohlgefährdung festgestellt, in 384 konnte die Gefährdung nicht ausgeschlossen werden. In 502 Fällen konnte keine Gefährdung festgestellt werden.

Frau Schlizio-Jahnke (Regionalleitung Region 4) erläutert den Mehrwert des Kinderschutzteams für den RSD. Die Fälle hätten sich nicht reduziert und man habe nach wie vor eine hohe Fallzahl. Man bemerke jedoch eine Entlastung bei neuen Familien und die störungsfreiere Bearbeitung eigener Fälle.

Herr BV Kociolek (Bü 90/die Grünen) bittet um Erläuterung, ob die höhere Besetzung am Nachmittag aufgrund einer größeren Fallzahl zustande komme. Frau Meyer vermittelt, dass morgens nur zwei Leute im Dienst seien. Eingegangene Meldungen könnten aber in den Spätdienst weitergegeben werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass Meldungen eingehen, sei am Nachmittag jedoch höher.

Herr BV Kociolek (Bü 90/die Grünen) würde gerne bezüglich der abgegebenen Meldungen wissen, wer diese abgebe. Frau Meyer erklärt, dass grundsätzlich jeder eine Meldung machen könne. Die häufigsten kämen aus den Bereichen Polizei, Jobcenter, Schule, Kitas, Hebammen, Nachbarn und Ärzte.

Auf die Frage ob man bei den Einsätzen auch auf Dolmetscher zurückgreifen müsse und ob viele Meldungen aus Unterkünften kämen antwortet Frau Meyer, dass man ca. bei jeder zweiten Meldung einen Sprachmittler bräuchte und es auch Meldungen aus Hostels und Wohnheimen gebe. Da es Sprachbarrieren gebe, müssten oft Einsätze abgebrochen werden. Man erprobe derzeit, ob dies mittels eines Telefondolmetschdienstes verbessert werden könne.

Frau BD Depil wie oft man Bedrohungen ausgesetzt werde? Frau Meyer berichtet, dass es Supervision gebe. Eine massive Bedrohungssituation sei bisher jedoch noch nicht vorgekommen.

Herr BV Bluhm (die Linke) stellt die Frage, ob es ausreichende Weiterbildungen in Konfliktmanagement gegeben habe? Frau Meyer erläutert, dass fast alle im Kinderschutzteam RSD Erfahrung mitbrächten. Im Februar finde eine zweitägige Fortbildung zum Thema „Kinderschutz/Krisenmanagement“ bei Casablanca statt.

Frau Walther bittet zu erfahren ob das Jugendamt eine Dienstfahrtenversicherung habe, dies sei unerlässlich, was verneint wird. Was es gebe, sind Taxicoupons um aus Familien herausgenommene Kinder zu transportieren. Eine Fahrt mit dem Privatauto sei eine Aus-

nahme.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch bittet zu erfahren wie man mit unspezifischen Angaben der Melder umgehe. Frau Meyer erklärt, dass man darauf angewiesen sei, eine Adresse zu bekommen. Man überprüfe dann die Meldedaten um die Zuständigkeit zu klären.

zu 8 Jahresbericht Jugendberufshilfe in Mitte

Frau Weisser (Beraterin berufliche Schulen/Senatsverwaltung), Herr Steinhagen (Leitung Jugendberufshilfe/Jugendamt), Herr Seebauer (Sprecher der AG „Jugendberufshilfe“ und Leiter eines Jugendberatungshauses) berichten anhand einer Präsentation über die Jugendberufsagentur und Jugendberatungshäuser. Diese werde dem Ausschuss im Nachgang übermittelt.

Das gemeinsame Ziel aller Partner sei die Unterstützung und Vermittlung junger Menschen in eine Perspektive der eigenständigen Existenzsicherung. Seit zwei Jahren gebe es in jedem Bezirk eine Jugendberufsagentur. In den Monaten Juli bis September habe man das stärkste Aufkommen an jungen ratsuchenden Menschen. Das liege daran, dass es zu diesem Zeitpunkt viele Schulabgänger gebe und die Ausbildungsplatzvermittlung statfinde. In acht Monaten seien 581 Ratsuchende in Kooperation betreut worden (mindestens zwei Kooperationspartner).

Auf die Frage, ob Schulen Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen, gemeldet werden antwortet Herr Seebauer, dass Jugendberatungshäuser mit Schulen kooperieren würden. Schulsozialarbeiter und Lehrer geben konkrete Hinweise und Terminvereinbarungen, der Hauptzugang sei jedoch die Mundpropaganda. Frau Weisser ergänzt, dass die Plätze der berufsqualifizierenden Lehrgänge nicht ausgereicht haben.

Zum Übergang von geflüchteten Jugendlichen von Willkommensklassen in Regelklassen könne Frau Weisser nicht viel sagen, da man hierzu die Schulaufsicht Mitte befragen müsste, wie viele das betreffe. Der Übergang sei jedoch mit vielen Problemen, wie etwa ein zu weit entfernter Wohnort, verbunden. Herr Seebauer bemerkt, dass die AG Jugendberufshilfe dieses Thema kritisch sehe. Man erlebe in der Beratung, dass viele in der Klasse untergehen. Man versuche dann, Alternativen zu finden.

Herr BV Kociolek (Bü 90/die Grünen), möchte wissen ob die zu betreuenden Jugendlichen sich nur im SGB II befänden? Herr Jahnke (Bereichsleiter U25 SGB II) informiert, dass dies nicht ausschließlich der Fall sei. Die Jugendlichen werden zum Teil im SGB II und im SGB III betreut.

Herr BV Kociolek (Bü 90/die Grünen) bittet zu erfahren, wie hoch die Sanktionsquote sei. Herr Jahnke vermittelt, dass Sanktionen im SGB II gesetzlich verankert seien, jedoch nicht das erste Mittel bilden welches die Vermittler nutzen. Man versuche auf Augenhöhe mit dem Jugendlichen zu sprechen, um gemeinsam einen Weg für ein selbstbestimmtes Leben zu finden. Bei fehlender Mitwirkung müsse jedoch gehandelt werden. Eine genaue Sanktionsquote könne er nicht benennen. Das Jobcenter Mitte habe aber die geringste Sanktionsquote.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch stellt die Frage, warum weniger junge erwachsene Frauen als Männer Kunden seien. Frau Weisser erläutert, dass man traditionell in der Berufshilfe und den Jugendberatungshäusern immer mehr junge Männer habe. Diese würden tendenziell häufiger als junge Mädchen die Schule ohne Abschluss verlassen.

Herr BV Bluhm (die Linke) möchte wissen, wie nachhaltig der Standort berate. Herr Jahnke antwortet, dass in den SGB II Teams in Richtung betriebliche Ausbildung beraten werde.

Frau BD Depil bittet um Erläuterung, warum die Zahlen bei Jugendberatungshäusern trotz verbessertem Arbeitsmarkt immer gleich geblieben seien. Herr Seebauer vermittelt, dass neben Jugendlichen die eine Arbeit suchen auch die betreut werden, welche aus ihrer

Arbeit wieder herauswollen, da sie dafür noch nicht reif sind oder grundlegende Anforderungen noch nicht erfüllen.

Frau Lange fragt nach, an welchen Punkten bei der Kooperation es noch Probleme gäbe und wie der Mehrwehrt sei? Herr Steinhagen teilt mit, dass es noch strukturelle Baustellen gebe. Vereinzelt seien Kontaktdaten der Jugendberufsagentur nicht bekannt, was sich bei Beratungen als problematisch darstelle. Herr Jahnke wusste nicht, dass eine Listen nicht zur Verfügung stehe, es gebe jedoch eine sehr hohe Fluktuation.

Frau Goral (Jugendamtsleiterin) stellt fest, dass erste Ansätze und Entwicklungen noch nicht im „bewertbaren Sinne“ richtige Ergebnisse, sondern Hinweise und Eckdaten. Positiv sehe sie, dass mehr junge Menschen erreicht werden, als vor dem Angebot der Jugendberufsagentur. Man stehe aber in den nächsten Jahren vor einigen Ausrichtungsfragen. Die Angebote stünden unter einer stätigen Erneuerung, da Beratungen nicht ausreichen würden.

Frau Walther (Deutscher Kinderschutzbund) möchte erfahren, wohin man in der Jugendberufsagentur berate. Herr Jahnke teilt mit, dass in ganz Berlin ausschließlich kooperative BAE ausgeschrieben werden (BAE = Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen). Dabei bedeute das Kooperative Modell, dass die Theorie beim Träger und in der Berufsschule, die Praxis in einem Betrieb stattfinde. Bei einem integrativen Modell finde die Theorie beim Träger und der Berufsschule statt, die Praxis bei Träger. Dieses Jahr konnte man in Mitte 10 integrative BAE anbieten. Herr Steinhagen ergänzt, dass es u.a. Berufshilfeprojekte zur Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung, Schulabschlusskurse und Sprachkurse gebe. Das Projekt MiA sei weggefallen und gebe es in dieser Form nicht mehr.

Frau BzStR'in Dr. Obermeyer berichtet, dass viele Bezirke die Einführung der Jugendberufsagentur kritisch gesehen hätten, da es in jedem Bezirk bereits Kooperationen verschiedener Akteure gegeben hatte. Dass die Bereiche Fallmanagement und Reha eingegliedert werden soll, sei ein großes Anliegen aller Bezirke. Vor allem eine Fernsteuerung sei von den Bezirken befürchtet worden. Frau BzStR'in Dr. Obermeyer sei jedoch froh, dass die bisherige Arbeit zeige, dass es ein gemeinsames Problemverständnis der Partner gebe.

zu 9 Beratung von Drucksachen

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch regt an, dass der Sachverhalt zur DS geklärt werde und bei einer stattgefundenen Vertagung in der Januar-Sitzung erneut aufgerufen werde.

zu 10 Verschiedenes

Auf die Frage, ob es einen aktuellen Stand zur Beleuchtung des Fußballfeldes in der Berlichingenstraße gebe, informiert das Jugendamt darüber, dass es Schwierigkeiten gebe in Bezug Straßen- und Grünflächenamt. Eine Beleuchtung würde es aber kurz- oder langfristig geben.

Dies solle über Solarstrom und dem Anbieter „Sunflower“ geschehen.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Dietzsch kündigt an, dass man sich in der Januar-Sitzung mit der Kitaentwicklung beschäftigen werde.

gez.
Dietzsch
stellv. Vorsitzende

Willburger
Protokollantin